

Japans Debatte über Russland und den Konflikt um die Ukraine: aus japanischen Zeitschriften und Think-Tank-Publikationen der Jahre 2014 und 2015

Daiske Oberbäumer, Leon; Sakaki, Alexandra

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Daiske Oberbäumer, L., & Sakaki, A. (2015). *Japans Debatte über Russland und den Konflikt um die Ukraine: aus japanischen Zeitschriften und Think-Tank-Publikationen der Jahre 2014 und 2015*. (SWP-Zeitschriftenschau, 3/2015). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-446997>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Japans Debatte über Russland und den Konflikt um die Ukraine

Aus japanischen Zeitschriften und Think-Tank-Publikationen der Jahre 2014 und 2015

Leon Daiske Oberbäumer / Alexandra Sakaki

Deutsche Beobachter betrachten die Ursachen und Konsequenzen des Konflikts um die Ukraine vorwiegend im euroatlantischen Zusammenhang. Für sie stehen die europäischen Wirtschafts- und Stabilitätsinteressen im Vordergrund. Die japanische Diskussion zeigt eine andere Sichtweise auf die Geschehnisse. Dabei wird deutlich, dass Russland in Japan nicht primär als europäische, sondern als asiatische Macht wahrgenommen wird. Bei der Analyse der Ursachen und Folgen des Konflikts konzentrieren sich die japanischen Experten entsprechend auf den asiatischen Kontext. Viele von ihnen fordern von Tokio eine Annäherung an Moskau, auch wenn dies ein Ausscheren aus der G7-Linie und der westlichen Sanktionspolitik bedeute. Ein solcher Kurs werde den japanischen Interessen am ehesten gerecht.

Vor der Krise um die Ukraine strebte Japan unter Premierminister Shinzo Abe einen historischen Durchbruch in den Beziehungen zu Russland an. Innerhalb seiner ersten vierzehn Amtsmonate traf Abe den russischen Präsidenten fünf Mal – öfter als jeden anderen Staats- oder Regierungschef. Abe und Putin beabsichtigten, im Territorialstreit um die vier südlichen Inseln der Kurilen-Kette einen Kompromiss auszuhandeln und endlich – sieben Jahrzehnte nach Kriegsende – einen Friedensvertrag zu schließen. Dieser Plan wurde durch die Ukraine-Krise und die Sanktionen, die die G7-Staaten gegen Russland verhängt haben, vorerst vereitelt.

Seither ist der Konflikt um die Ukraine und seine Auswirkungen auf das japanisch-russische Verhältnis in zahlreichen japanischen politischen Zeitschriften und Think-Tank-Artikeln thematisiert worden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Analyse der Konfliktursachen. Japanische Fachleute konzentrieren sich in viel stärkerem Maße als ihre europäischen Kollegen auf das russisch-chinesische Verhältnis und die widerstreitenden Interessen der beiden Staaten im postsowjetischen Raum, insbesondere in Zentralasien und der Ukraine. Zweitens befassen sich viele Experten mit Russlands und Chinas Annäherung seit Beginn der Krise, die sie hauptsächlich auf die Schwäche Russlands infolge der internationalen

Leon Daiske Oberbäumer war Praktikant der Forschungsgruppe Asien und absolviert einen Master of Public Policy an der Hertie School of Governance und University of Tokyo. Dr. Alexandra Sakaki, Wissenschaftlerin der Forschungsgruppe Asien, ist Senior Fellow der Robert Bosch Stiftung zum Thema »Japan im internationalen System«.

SWP-Zeitschriftenschau 3
September 2015

Isolation zurückführen. Dabei gehen die Ansichten auseinander, inwieweit sich aus dieser Annäherung eine längerfristige vertiefte Partnerschaft entwickeln könnte. Ein dritter Fokus der Debatte liegt auf den Schlussfolgerungen für die japanische Politik. Viele Experten fordern einen Strategiewechsel gegenüber Moskau. Sie argumentieren, eine Annäherung an Russland sei eher im Interesse Tokios als der derzeitige ambivalente Kurs, bei dem sich Japan zwar an den westlichen Sanktionen beteiligt, der russischen Führung aber gleichzeitig immer wieder signalisiert, dass ihm an guten Beziehungen gelegen ist. Forderungen rechtskonservativer Kreise in Japan nach einer stärkeren Aufrüstung repräsentieren hingegen nur eine Minderheitsmeinung. Mit den längerfristigen ordnungspolitischen Folgen des Konflikts um die Ukraine beschäftigen sich nur wenige japanische Wissenschaftler.

Ziele des russischen Vorgehens

Viele deutsche Beobachter verstehen den Konflikt um die Ukraine als geopolitischen Machtkampf zwischen Russland und dem Westen. Die Krise sei Ausdruck der Bestrebungen Moskaus, seinen politischen Einfluss im postsowjetischen Raum zu stärken und der weiteren Osterweiterung durch EU und Nato Einhalt zu gebieten. Viele japanische Experten halten eine solche Deutung jedoch für einseitig. Sie sehen in der geopolitischen Konkurrenz zwischen Russland und China in Zentralasien sowie der Ukraine einen zweiten wichtigen Beweggrund für das russische Vorgehen.

Repräsentativ für diese Sichtweise ist ein Aufsatz von **Tetsuji Tanaka**, Direktor des Central Asia and Caucasus Research Institute in Tokio, in der konservativen Monatszeitschrift *Bungei Shunjū* (Auflage etwa 500 000). Tanaka räumt ein, dass Russland und China im zentralasiatischen Raum schon in der Vergangenheit kooperiert haben. Mit ihrem Engagement in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit

(SCO) hätten beide dem wachsenden Einfluss der USA in Zentralasien entgegenzutreten wollen. Bereits nach dem Zerfall der Sowjetunion hätten sie sich in der Shanghai-Five-Gruppe, dem Vorläufer der SCO, zusammengefunden, um in diesem Rahmen regionale Grenzstreitigkeiten zu klären.

Doch in den letzten Jahren werde das sino-russische Verhältnis zunehmend von strategischer Rivalität und Misstrauen überschattet. Auslöser sei die chinesische Seidenstraßen-Initiative, mit der Beijing einen über Zentralasien, den Mittleren Osten bis nach Europa reichenden Wirtschaftsgürtel aufbauen wolle. Moskau missfalle, dass China dabei mit Hilfe massiver Investitionen seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf ehemalige Sowjetrepubliken ausdehne. In seiner Analyse beruft sich Tanaka vor allem auf Aussagen verschiedener ukrainischer Wissenschaftler.

Tanaka zufolge beobachtete Moskau Chinas Annäherung an die Ukraine besonders argwöhnisch, da Beijing in den letzten Jahren von dort vermehrt Militärtechnologie aus dem ehemaligen sowjetischen Bestand bezogen habe. Erstmals habe China 1998 einen alten Flugzeugträger gekauft, den es entgegen anderslautender Versprechen rundum modernisierte und für seine eigene Marine ausrüstete. Darüber hinaus habe es Eisbrecher, Luftkissenfahrzeuge und gerüchteweise sogar Raketentechnologie von der Ukraine erhalten. Im wirtschaftlichen Bereich sei die Volksrepublik ebenfalls aktiv geworden. 2008 habe sie begonnen, in der Ostukraine den Ausbau einer landwirtschaftlichen Nutzfläche in einem Gebiet mit stillgelegten Kohle- und Eisenerzwerken zunächst als ökologisches Projekt zu fördern. Nach ersten Erfolgen meldete China Interesse an der Pacht des gewaltigen, drei Millionen Hektar großen Gebietes an – und zwar für einen Zeitraum von 30 Jahren. Um die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Region nach China transportieren zu können, habe Beijing den Bau eines großen kommerziellen Hafens auf der Krim-Halbinsel nahe Jewpatorija geplant. Dieses Vorhaben alarmierte die russische

Regierung, deren wichtigster Militärhafen für die Schwarzmeerflotte im nur etwa 100 Kilometer entfernten Sewastopol liegt.

Laut Tanaka war es Moskaus Absicht, durch den Ukraine-Konflikt Chinas Pläne zu durchkreuzen, um den russischen Einfluss- und Machtbereich zu wahren. Zwar habe China auch nach der Annexion noch Interesse am Bau des Krim-Hafens sowie an der Pacht des ostukrainischen Ackerlands bekundet, doch versuche Moskau dies mit allen Mitteln zu verhindern. Seine fort-dauernde Unterstützung für die bewaffneten Separatisten in der Ostukraine und für eine unabhängige »Volksrepublik Donezk« ziele darauf, China von seinen Pacht-Plänen abzubringen.

Für **Shinji Hyōdō** vom National Institute for Defense Studies (NIDS), einem Think-Tank, der dem Verteidigungsministerium angegliedert ist, spielt die geopolitische Konkurrenz mit China ebenfalls eine wichtige Rolle in der russischen Ukraine-Politik. Stärker als Tanaka betont er jedoch das Zusammenwirken mit zwei anderen Faktoren. Erstens habe Russland die Nato-Osterweiterung als Bedrohung empfunden. Für den Verlierer des Kalten Krieges sei es demütigend gewesen, den Beitritt ehemaliger Staaten der Sowjetunion zum Bündnis zu erleben. Durch die Annektierung der Krim habe Putin verhindert, dass die Ukraine diesem Beispiel folgt. Eine vergleichbare Taktik habe Russland schon im Georgien-Konflikt angewandt. Nach Einschätzung Hyōdōs habe Russland Georgiens Beitritt zur Nato durch die Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens unmöglich gemacht.

Zweitens betont Hyōdō die Folgen des amerikanischen Machtverlusts. Washingtons Verzicht auf eine Intervention im Syrien-Konflikt habe verdeutlicht, dass die USA nicht länger den »Weltpolizisten« spielen könnten. Eingedenk dessen habe der Kreml eine militärische Intervention der USA in der Ukraine ausgeschlossen. Der amerikanische Machtverlust erkläre auch, warum Moskau in der jetzigen Krise ein Gebiet annektierte, während es sich im

Georgien-Konflikt noch darauf beschränkte, Regionen als unabhängig anzuerkennen. Hyōdō folgert, dass alle drei Faktoren – die Nato-Osterweiterung, die Schwäche der USA und Chinas wachsender Einfluss in der Ukraine – Russland zu seinem Vorgehen auf der Krim und in der Ostukraine bewogen haben.

Zu einem anderen Urteil kommt **Yoshiki Hidaka**, Gastforscher am Hudson Institute in den USA und Journalist beim staatlichen Nachrichtensender NHK, in einem Artikel für die Monatszeitschrift *Seiron*, die sich mit einer Auflage von etwa 80 000 vor allem an das rechtskonservative Lager richtet. Für Hidaka hat sich Russland zu einer aggressiven und kraftvollen Militärmacht entwickelt. Weil der Einfluss und die Unabhängigkeit des Landes maßgeblich vom Zugang zu Rohstoffen und sicheren Exportrouten abhingen, wolle Russland von der Krim aus in alle Welt Rohstoffe über das Schwarze Meer und das Mittelmeer transportieren. Zukünftig werde Russland sich verstärkt um den Ausbau seiner pazifischen Flotte in Asien kümmern. Moskau interessiere sich in den letzten Jahren zunehmend für die rohstoffreiche Arktis und zeige dort vermehrt Präsenz. Die Seeroute vom Nordpol über das Beringmeer vorbei an Japan sei für den Zugang zu diesen Ressourcen entscheidend. Hidaka glaubt deshalb nicht an ein Einlenken Moskaus im Territorialstreit um die unter russischer Verwaltung stehenden Kurilen-Inseln. Hidakas Einschätzungen entsprechen denen des rechtskonservativen Lagers, nicht aber der Mehrheitsmeinung in Japan.

Das chinesisch-russische Verhältnis seit Beginn der Ukraine-Krise

Japanische Beobachter stimmen überein, dass Moskau aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Isolation durch den Westen neue Partner in Asien sucht. Infolgedessen hat sich das russisch-chinesische Verhältnis schlagartig verbessert. Die hier besprochenen Autoren sind sich einig, dass China von

Russlands Schwäche profitiert und deshalb zum Beispiel in der Lage war, günstige Preise für russische Gasimporte auszuhandeln. Keiner der japanischen Experten glaubt jedoch, dass Moskau die Juniorpartner-Rolle gegenüber Beijing zufriedenstellt. Über die Zukunft der sino-russischen Beziehungen gehen die Ansichten auseinander.

Hiroyuki Tanaka, Leiter des Moskauer Büros der Tageszeitung Mainichi Shimbun, rekapituliert in der liberalen Monatszeitschrift *Mainichi Foramu* die rasche Annäherung zwischen Russland und China seit Beginn der Ukraine-Krise. Für ihn ist sie wegweisend für die kommenden Jahre. Allein im Jahr 2014 hätten sich Präsident Putin und Präsident Xi Jinping fünfmal getroffen. Man habe zahlreiche gemeinsame Projekte initiiert, woraus sich gewisse strategische Abhängigkeiten ergeben hätten. Zum Beleg verweist Tanaka auf den Gasvertrag vom Mai 2014, dem zufolge Russland ab 2019 dreißig Jahre lang Gas über eine neue Pipeline nach China liefern soll.

Der Autor betont, dass sich die bilaterale Kooperation nicht auf den Energiesektor beschränkt. Um russische Unternehmen zu stützen, kompensierten chinesische Banken und Investoren das weggefallene westliche Kapital. Auch an dem Bau der geplanten Schnellzugverbindung zwischen Moskau und dem 800 Kilometer östlich gelegenen Kasan beteiligten sich chinesische Firmen. Angeblich wolle Russland sogar seinen neuesten Kampffjet, die Sukhoi-35, an China verkaufen. Beijing habe sich zwar nicht eindeutig für oder gegen Russlands Annektierung der Krim positioniert, doch leiste es de facto Unterstützung. Das zeige sich nicht zuletzt an Plänen zu einer Einbeziehung chinesischer Unternehmen beim Bau einer Brücke zwischen dem russischen Festland und der Krim. Für die Kooperation beider Staaten in den nächsten Jahren sieht Tanaka großes Potential, auch wenn Moskau eine übermäßige Abhängigkeit von Beijing vermeiden wolle und weitere außenpolitische Partner suche.

Skeptischer betrachtet der bereits genannte **Tetsuji Tanaka** die Annäherungs-

tendenzen. Tanaka bezeichnet sie ironisch als »Flitterwochen«, die allein auf die westlichen Sanktionen zurückzuführen seien. Das Konkurrenzverhältnis bestehe aber fort und erschwere eine dauerhaft engere Zusammenarbeit. Beobachter sollten sich nicht von Russlands Beteiligung an der New Development Bank BRICS (mit Hauptsitz in Shanghai) und möglicherweise auch an der von Beijing initiierten Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) blenden lassen. Moskaus Führungskreise seien wegen des wachsenden chinesischen Machtanspruchs in Zentralasien zutiefst besorgt.

Zu ähnlichen Schlüssen kommen in einem Interview für die führende liberale Monatszeitschrift *Sekai* **Tomoaki Nishitani**, Direktor des durch die Firma Toyota finanzierten Institute for International Economic Studies, und **Kazuhiko Tōgō**, Professor an der Kyoto Sangyo University und ehemaliger japanischer Botschafter in den Niederlanden. Auch wenn sich Russland wegen der westlichen Sanktionen China zuwende, hege Moskau großes Misstrauen gegenüber dem aufstrebenden Nachbarn. Eine einseitige Abhängigkeit von China wolle es deshalb unbedingt vermeiden. Nach Ansicht Nishitanis zeigt sich dies auch an der geplanten Streckenführung der Gas-Pipelines nach China, die größtenteils über russisches Territorium verläuft. Das ermögliche es Moskau, die Pipelines zukünftig auch für die Belieferung anderer Länder zu nutzen. Nach Ansicht der beiden Wissenschaftler könnte sich die chinesisch-russische Rivalität für Japan negativ auswirken, wenn Russland in den nächsten Jahren die von Japan beanspruchten Kurilen-Inseln zum militärischen Stützpunkt ausbaut. Eine Rückgabe der Inseln an Japan werde dann noch unwahrscheinlicher.

Implikationen für Japan

Fast alle Autoren der hier analysierten Artikel fordern eine grundlegende Neuausrichtung der japanischen Russland-Politik. Bisher habe die Regierung unter

Premierminister Shinzo Abe eine zweigleisige Strategie verfolgt: Einerseits habe sie das russische Vorgehen in der Ukraine gemeinsam mit anderen G7-Staaten verurteilt, andererseits für Russland absolut harmlose Sanktionsmaßnahmen nur zögerlich implementiert. Damit habe Tokio sein Interesse an guten Beziehungen zu Moskau gezeigt, was Putin auch entsprechend verstanden habe. Die ambivalente Politik werde Japans Interessen jedoch nicht gerecht, so die Mehrheit der Beobachter. Japan müsse sich Russland deutlicher zuwenden.

Einige Autoren begründen dies mit dem Nutzen für Japan: Das durch westliche Sanktionen geschwächte Russland, so ihre Spekulation, dürfte zu Zugeständnissen im Streit um die Kurilen-Inseln bereit sein; der Verhandlungszeitpunkt sei günstig. Diese Meinung vertreten beispielsweise der zuvor erwähnte **Kazuhiko Tōgō** und **Mitsuhiro Kimura**, Vorsitzender der Issuikai, einer dem rechtsnationalistischen Flügel zuzuordnenden politischen Gruppierung. In ihrem Interviewbeitrag für die konservative Monatszeitschrift *Gekkan Nippon* unterstellen sie Moskau großes Interesse an guten Beziehungen zu Tokio, denn Russland sei bemüht, weniger abhängig von Beijing zu werden. Japan solle daher seine wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland aufheben und eine engere Kooperation auf wirtschaftlicher, kultureller und militärischer Ebene anstreben. Wenn Tokio Technologietransfers und bilateralen Energiehandel in Aussicht stelle, werde Russland sich der Zusammenarbeit und dem Dialog öffnen. Japan solle eine eigenständige Außenpolitik betreiben und sich nicht zu sehr von den anderen G7-Staaten lenken lassen. Der zuvor erwähnte **Tomoaki Nishitani** erwartet sich von einer solchen aktiven, unabhängigen Politik eine Aufwertung von Japans Rolle als globaler Akteur. Das Land könne auf diese Weise ein ebenbürtiger Partner der USA werden.

Andere Autoren verweisen auf Risiken einer fortgesetzt ambivalenten Russland-Politik. **Taisuke Abiru**, wissenschaftlicher Mitarbeiter des einflussreichen privaten

Think-Tanks Tokyo Foundation skizziert in einem Beitrag auf der Webseite der Denkfabrik zwei Risiken. Erstens hegt er Zweifel am Zustandekommen einer engeren japanisch-russischen Energiekooperation, auf die Tokio nach der Fukushima-Katastrophe hingearbeitet hat, um seine Energieimporte zu diversifizieren. Seit dem Abschluss des russisch-chinesischen Abkommens über Gaslieferungen im Mai 2014 gebe es Anzeichen für einen russischen Rückzug aus dem Projekt, gemeinsam mit Japan mehrere Flüssiggasfabriken in Ostsibirien zu bauen. Nach Aussagen des Geschäftsführers von Gazprom und seines Stellvertreters vom September und Oktober 2014 prüfe der Konzern, ob das dort gewonnene Gas ausschließlich an China geliefert werden könne. Derartige Überlegungen bewiesen, wie schwach die russische Verhandlungsposition gegenüber China derzeit sei.

Zweitens befürchtet Abiru negative Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zwischen den asiatischen Mächten, wenn Russland in stärkere Abhängigkeit von China geriete. Würde Moskau infolge fehlender Alternativpartner die Rolle von Beijings Juniorpartner aufgezwungen, schwäche dies gleichzeitig die Kräfte, die ein Gegengewicht zu Chinas wachsendem regionalem und internationalem Einfluss bilden. Vor diesem Hintergrund empfiehlt Abiru, Japan solle entschlossener auf Russland zugehen, auch wenn damit ein Ausscheren aus der G7-Linie verbunden wäre. Eine solche Strategie fände auch in den USA Unterstützung. Dies bestätige beispielsweise ein *Foreign Affairs*-Artikel der Wissenschaftlerinnen Ely Ratner und Elizabeth Rosenberg vom August 2014. Darin wird Washington aufgefordert, den asiatischen Allianzpartnern größeren Spielraum in ihren Beziehungen zu Moskau zu belassen, um Russlands Abhängigkeit von China zu verringern. Das erste »Search and Rescue«-Training von russischen und japanischen Marineeinheiten seit der Ukraine-Krise im Oktober 2014 sei zudem auf positive Resonanz bei Robert Thomas, dem Kommandanten der 7. Flotte der US-Marine, gestoßen. Angesichts fehlen-

der Kontakte zwischen der amerikanischen und der russischen Marine habe Thomas das Training als besonders wichtigen Berührungspunkt mit Russland gewertet.

Auffällig ist, dass die meisten Befürworter ignorieren, dass ein Strategiewechsel gegenüber Russland negative Folgen für die Achtung international geltender Normen und Regeln haben könnte. Gäbe Tokio die bisherigen Sanktionsmaßnahmen auf, könnte Beijing daraus folgern, dass völkerrechtswidriges Verhalten vorübergehend zwar auf Ablehnung stößt, schließlich aber toleriert wird. Viele japanische Regierungsvertreter befürchten daher, China könnte entsprechend dem russische Vorgehen handeln und die unter japanischer Verwaltung stehenden Senkaku-Inseln (chinesisch: Diaoyutai) im Ostchinesischen Meer besetzen.

Auf diese mögliche Konsequenz verweisen nur wenige der hier besprochenen Autoren, so etwa **Shigeki Hakamada**, Professor an der University of Niigata Prefecture. In seinem Artikel für die vom Außenministerium herausgegebene Zeitschrift *Gaikō* rät er, Japan solle gute Beziehungen zu Russland pflegen, gleichzeitig aber klarstellen, dass die Verletzung der ukrainischen Souveränität inakzeptabel ist. Positioniere sich Japan nicht eindeutig gegen das russische Verhalten, könne es kaum auf Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft rechnen, falls China die Senkaku-Inseln oder gar die Insel Okinawa, Hauptstützpunkt der amerikanischen Truppen in Japan, besetze. Tokio bleibe keine andere Wahl, als die bisherige zweigleisige Politik so geschickt wie möglich fortzusetzen und stehe somit vor einer schwierigen diplomatischen Aufgabe.

Zu einer gänzlich anderen Schlussfolgerung kommt der bereits erwähnte **Yoshiki Hidaka** in einem Beitrag für die Monatszeitschrift *Voice*, die sich wie *Seiron* an das rechtskonservative Lager richtet. Japan müsse aufrüsten, da es zwei Großmächten – Russland und China – gegenüberstehe, die sich nicht an internationales Recht hielten. Ausschließlich auf den Bündnispartner, die USA, könne sich Tokio nicht

verlassen. Es sei ungewiss, ob Washington Japan im Falle eines Konflikts, zum Beispiel um die Senkaku-Inseln, militärisch beistünde. Der innenpolitisch geschwächten Obama-Regierung fehlten die nötigen finanziellen Ressourcen, um sich an weiteren Auseinandersetzungen zu beteiligen. Somit müsse Japan für seinen Schutz selbst sorgen. Hidaka macht allerdings keine Angaben über das seiner Ansicht nach nötige Ausmaß der Aufrüstung.

Implikationen für die internationale Ordnung

Längerfristige ordnungspolitische Folgen des Konflikts um die Ukraine spielen in der japanischen Debatte eine untergeordnete Rolle. Keiner der hier besprochenen Beiträge geht auf die möglichen Auswirkungen der Krise und des in ihrem Verlauf gestiegenen Misstrauens unter den Verhandlungspartnern auf internationale Abrüstungsbemühungen ein. Außerdem fehlen Vorschläge für ein künftiges effektiveres Krisenmanagement. Auch die Konsequenzen des Konflikts für die europäische Sicherheitsordnung finden kaum Beachtung.

Wenn im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise doch ordnungspolitische Aspekte diskutiert werden, dann konzentrieren sich die japanischen Experten vor allem darauf, ob dieser Konflikt das Potential hat, die internationale Gemeinschaft in zwei Machtblöcke zu spalten. Diese Gefahr sieht beispielsweise **Tatsuhiko Yoshizaki**, Ökonom am Sojitz Research Institute, das vom japanischen Handelshaus Sojitz Corporation gefördert wird. In der konservativen Monatszeitschrift *Chūō Kōron* argumentiert er, dass sich eine Spaltung zwischen BRICS- und G7-Staaten mitsamt ihren Verbündeten abzeichne. Russland habe seit Beginn der Ukraine-Krise enger mit den anderen BRICS-Mitgliedern zusammengearbeitet. Auf ihrem Gipfeltreffen hätten die BRICS-Staaten im Juli 2014 die Einrichtung einer eigenen Entwicklungsbank (New Development Bank) und eines Währungsreservefonds

(Contingent Reserve Arrangement) beschlossen. Damit fordere die Gruppierung den Westen und die etablierten internationalen Finanzinstitutionen heraus. Insbesondere China und Russland arbeiteten in diesem Bereich nun zusammen, um dem Westen zu trotzen. Dennoch glaubt Yoshizaki, dass die BRICS-Staaten im Endeffekt unterliegen werden, da es ihnen an politischem Zusammenhalt und ökonomischer Stabilität fehle.

Der bereits erwähnte **Shigeki Hakamada** hält eine Blockbildung wie zu Zeiten des Kalten Krieges dagegen für unrealistisch. Der russische Präsident beabsichtige zwar, als Gegengewicht zur EU eine Eurasische Wirtschaftsunion ehemaliger Sowjetrepubliken zu schaffen. Auch wolle Putin in diese derzeit fünf Mitglieder umfassende Union (Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Weißrussland) weitere Nachfolgestaaten der Sowjetunion aufnehmen. Doch wegen der engen Beziehungen einiger dieser Länder zur EU habe dieses Vorhaben nur geringe Realisierungschancen. Insgesamt kommt Hakamada zu dem Schluss, dass die wechselseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten in der globalisierten Welt einer Blockbildung entgegenstehen.

Fazit

Angesichts des Konflikts um die Ukraine stimmen die meisten japanischen Experten darin überein, dass Russland seinen politischen Einfluss im postsowjetischen Raum sowohl gegenüber der EU und der Nato als auch gegenüber dem mächtiger werdenden China zu sichern sucht. Moskau sei alarmiert über die in den letzten Jahren sichtbar gewordene Intention Beijings, engere Beziehungen zur Ukraine und zu den zentralasiatischen Staaten aufzubauen.

Die plötzliche Verbesserung des russisch-chinesischen Verhältnisses seit Beginn der Ukraine-Krise trotz geopolitischer Konkurrenz führen japanische Experten auf die internationale Isolation Russlands und die Sanktionsmaßnahmen zurück. Unterschied-

liche Meinungen gibt es indes darüber, ob die aktuell verbesserten Beziehungen langfristig in eine enge Partnerschaft münden können. Wegen der fortbestehenden Konkurrenz zwischen beiden Seiten bezweifeln dies etliche Wissenschaftler. Ihrer Ansicht nach beruht die Annäherung nicht auf Vertrauen und Überzeugung, sondern allein auf Russlands Schwäche.

Die Empfehlungen japanischer Experten an die eigene Regierung bieten Denkanstöße für die deutsche Politik. Aus mehreren Gründen favorisieren japanische Wissenschaftler eine Annäherung an Moskau. Sie vermuten, dass das geschwächte Russland derzeit zu Zugeständnissen bereit ist, weil es internationale Partner gewinnen und die Isolation überwinden will. Das könne eine Einigung im japanisch-russischen Territorialstreit erleichtern. Zudem könne eine Fortsetzung der derzeitigen Russlandpolitik Japans Plan zur Diversifizierung seiner Energieimporte vereiteln. Da Russland sowohl eine europäische als auch eine asiatische Macht ist, bestehen starke Wechselwirkungen zwischen beiden Regionen. Deutschland bzw. Europa und Japan würden von einem besseren Verständnis der jeweils anderen Perspektive profitieren. Durch regen Austausch auf wissenschaftlicher und politischer Ebene ließen sich die genannten Wechselwirkungen erörtern und die Außenpolitiken beider Seiten besser aufeinander abstimmen.

Besprochene Aufsätze

Abiru, Taisuke, »Ukuraina kikigo no wa ga kuni no tai roshia senryaku – rochū sekkīn no torendo ni dō taisho suru ka« [Die japanische Russland-Strategie nach der Ukraine-Krise: Wie soll man auf den Trend der russisch-chinesischen Annäherung reagieren?], in: *Tokyo Foundation* (online), 4.12.2014, <www.tkfd.or.jp/research/project/news.php?id=1377>.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380

Hakamada, Shigeki, »Puchin no yabō, Yūrashia dōmei to sekai shin chitsujo« [Putins Ambition: Eurasische Union und die neue Weltordnung], in: *Gaikō*, Mai 2014, S. 24–30.

Hidaka, Yoshiki, »Puchin wa Hokkaidō o nerau« [Putins Ziel ist Hokkaido], in: *Voice*, Juli 2014, S. 104–111.

Hidaka, Yoshiki, »Roshia no kyokutō tāgetto wa Hokkaidō da« [Das Ziel der russischen Ostverschiebung ist Hokkaido], in: *Seiron*, Oktober 2014, S. 280–287.

Hyōdō, Shinji, »Gunjiteki shiten de yomitoku roshia no kurimia hennyū, »Kinji teni fumikitta haikai« [Russlands Annektierung der Krim aus militärischer Sicht analysiert: Hintergrund zur Entscheidung für ein »Foulspiel«], in: *Gaikō*, Mai 2014, S. 36–41.

Nishitani, Tomoaki / Kazuhiko Tōgō, »Ukuraina no ante he, Sekai o ugokasu nihongaikō no yakuwari to wa nanika« [Ukrainische Stabilität als Ziel: Was ist die Aufgabe von Japans Außenpolitik, um die Welt zu bewegen?], in: *Sekai*, Oktober 2014, S. 38–51.

Tanaka, Hiroyuki, »Chūgoku ni kyūsekkin suru roshia, Sekai wa ima« [Das sich rasch an China annähernde Russland, Die Welt heute], in: *Mainichi Fōramu*, Dezember 2014, S. 40.

Tanaka, Tetsuji, »Puchin no hyōteki wa Chūgoku da« [Putins Ziel ist China], in: *Bungei Shunjū*, Juni 2015, S. 324–331.

Tōgō, Kazuhiko / Mitsuhiro Kimura, »Abe Seiken wa tai-ro seisai o kanwa seyo« [Die Abe-Regierung sollte die Sanktionen gegen Russland lockern], *Gekkan Nippon*, Januar 2015, S. 48–53.

Yoshizaki, Tatsuhiko, »Ukuraina ga tsukuru G7 tai BRICS no zushiki« [Die Ukraine(-Krise) verursacht eine Frontbildung von G7 und BRICS], in: *Chūō Kōron*, September 2014, S. 20–21.